

TAGUNGEN

Probleme der Automation

Wissenschaftler der verschiedensten Fachgebiete, Sozialpolitiker der Kirchen und Praktiker der Arbeitgeberverbände sowie der Gewerkschaften folgten einer Einladung der *Gesellschaft für sozialen Fortschritt e. V.* und nahmen am 28. Februar 1966 an einem Arbeits- und Orientierungsgespräch in der Ruhr-Universität in Bochum teil. „Wandlungen der industriebetrieblichen Sozialstruktur unter fortschreitender Automatisierung“ war das Thema, das zur Diskussion stand.

Materialien für das Gespräch lieferte vor allem das sehr pragmatisch ausgerichtete Einführungsreferat von Professor *Dr. J. C. Papalekas*, Ordinarius für Soziologie an der Ruhr-Universität. Papalekas unterschied in seinem

Vortrag drei Phasen der Diskussion über die möglichen Folgen der Automation.

Die erste Phase, die kurz nach Kriegsende in den USA und Mitte der fünfziger Jahre in Europa einsetzte, sei vorwiegend ideologisch bestimmt gewesen. Bei den Arbeitgebern in den Vereinigten Staaten und den Machthabern in der Sowjetunion habe in dieser Phase die positive Bewertung vorgeherrscht. Während man in den USA von einer „goldenen Zukunft“ sprach, war in der UdSSR die Rede von Automatisierung und Chemiesierung als spezifischen Arbeitsweisen des Kommunismus. Beide Wirtschaftssysteme hätten in der Automation Stabilisierungsfaktoren ihrer Wirtschaftsordnung gesehen. Im Gegensatz dazu habe bei den Arbeitnehmerorganisationen damals — insbesondere in Deutschland — eine skeptische Beurteilung der Automation überwogen. Furcht vor Arbeitslosigkeit und die durch das Schlagwort von der 2. industriellen Revolution hervorgerufenen Assoziationen zu den katastrophalen Auswirkungen der 1. industriellen Revolution habe diese ablehnende Haltung seitens der Gewerkschaften ausgelöst. Dabei sei die Argumentation beider Seiten — der Arbeitgeber wie der Arbeitnehmer — ideologisch bestimmt gewesen.

In der zweiten Phase der Diskussion, meinte Papalekas, handele es sich um eine interessenbezogene Auseinandersetzung. Vor allem Umsetzungs- und Freisetzungprobleme stünden dabei zur Debatte. Er halte aber auch diese Diskussion für wenig fruchtbar.

Papalekas plädierte in seinem Referat für die „sachbezogene Diskussion“, die dritte Phase, die eben erst beginne. Ein erfreulicher Anfang sei immerhin mit den beiden großen Automationstagungen der Arbeitgeber und der IG Metall 1965 gemacht worden, da man hier Wissenschaftler habe zu Wort kommen lassen. Im übrigen dürfe man nicht nur die menschenleeren Fabriken sehen, sondern müsse bedenken, daß eine Verlagerung der menschlichen Aktivität stattfinde von der Produktion weg in die Umräume der Produktion.

Die Automation sei der letzte theoretisch mögliche Schritt der organisatorischen und technischen Rationalisierung. Der gesamte Produktionsvorgang könne dabei Maschinen überlassen werden. Den Arbeiter als „Lückenbüßer“ — wie ihn *Marx* und *Engels* bezeichneten — gebe es dann nicht mehr. Der Arbeitsvorgang geschehe ohne sein Zutun. Er werde zum Kontrolleur, zum Überwacher, der das ganze Arbeitsgefüge, den ganzen Arbeitsvorgang überschaue, anstatt detaillierte Arbeit selbst zu tun.

Das führe, so hob Papalekas hervor, zur Kooperation zwischen Funktionen anstelle von Zusammenarbeit zwischen Detailarbeitern. Eine neue Einstellung zur Arbeit sei erforderlich, da der Arbeiter nun überwiegend abstrakt zu arbeiten habe, denn er kontrolliere das ab-

strakte Abbild des Arbeitsvorganges, das er ins Konkrete übersetzen müsse. Nicht mehr die Norm einzuhalten sei dabei das Entscheidende, sondern die Fähigkeit, Ausnahmezustände zu bewältigen. Diese neue Einstellung zu möglichen Ausnahmezuständen gelte es zu habitualisieren.

Der Soziologieprofessor unterstrich dann besonders, daß die Automation ein neues Verhältnis zwischen Arbeitern und Vorgesetzten schaffe. Das Verantwortungsbewußtsein des Arbeitnehmers werde gesteigert, die vorherrschende Teamarbeit führe dazu, daß der Arbeiter den sachkundigen Vorgesetzten anerkenne. Die Arbeitsordnung basiere im automatisierten Betrieb auf Pragmatismus, was die soziale Macht legitimiere und die sozialen Verhältnisse stabilisiere. Papalekas wagte in diesem Zusammenhang die für Gewerkschafter wenig tröstliche Behauptung, die hierarchische Ordnung im Betrieb nähere sich mehr und mehr der militärischen Hierarchie.

Abschließend gestand Papalekas indes zu, daß die Automation Konsequenzen mit sich bringe, die nicht allein der Technik überlassen bleiben dürfen. Aber, so meinte er, „wenn wir die Probleme erkennen, glaube ich, daß es uns möglich ist, sie auch zu lösen“.

Über eben diese Probleme und die Möglichkeiten, sie zu lösen, wurde nun in der anschließenden Diskussion ausgiebig gesprochen. Lebhafter Widerspruch wurde dabei insbesondere laut gegenüber der These Papalekas, besseres Fachwissen allein legitimiere zum Vorgesetzten. Hinzukommen müsse, das hob mehrfach der Geschäftsführer der Gesellschaft für sozialen Fortschritt, Dr. *Doehring*, hervor, ein waches Verantwortungsbewußtsein. Auch der bekannte Sozialwissenschaftler Professor *Ludwig Preller* stellte die Frage, wie es bei dem großen Machtzuwachs mit dem Wachstum der Verantwortlichkeit stehe.

Die anwesenden Gewerkschafter betonten in der Aussprache wiederholt, daß gerade die Automation einen *Ausbau der Unternehmensverfassung in Richtung auf mehr Mitbestimmung* erfordere. Der Zuwachs an Verantwortung für den einzelnen Arbeitnehmer hebe nicht auf, daß ohne Mitbestimmung er weiterhin nur Objekt der Produktion bleibe.

Die Erwiderung von Professor Papalekas war wenig befriedigend. Im Industriebetrieb sei das technische Können als Autorität maßgeblich. Beim neuen Gefüge komme es auf die Betriebsverfassung nicht wesentlich an. Diese Verfassung sollte im übrigen erst das Ergebnis des neuen Gefüges sein. Er habe bei der Mitbestimmung das Gefühl, daß sie eine Hülse sei, in die die Wirklichkeit eingepaßt werden solle. Die Priorität gebühre aber dem konkreten Geschehen. Er vertraue den objektiven Tatbeständen, aus denen sich schon alles andere zwingend ergeben werde.

Das ist sicher so unrichtig nicht. Es fragt sich nur, wer welchen Preis für ein solches *Laissez faire — laissez aller* bezahlen muß. In erster Linie, das lehrt die Erfahrung, bleiben bei solchen liberalistischen Methoden die Arbeitnehmer auf der Strecke. So ist es nicht nur verständlich, sondern auch durchaus legitim, daß die Gewerkschaften den möglichen Risiken für die Arbeitnehmer in automatisierten Betrieben vorbeugend begegnen wollen. Die Mitbestimmung erscheint ihnen dazu als der geeignetste Weg. Sie sind darüber hinaus ganz einer Meinung mit Professor *Strzelewicz*, der in seinem Buch „Industrialisierung und Demokratisierung“ schrieb: „Es geht... darum, die Autorität der leitenden Gremien nicht

mehr auf dem Vorteil des Besitzes beruhen zu lassen, sondern vom Auftrag derjenigen abhängig zu machen, die in den Betrieben regiert werden.“ Kurzum: Die Gewerkschaften fordern die *Demokratisierung der Wirtschaft*. Gespräche zwischen Vertretern der Wissenschaft, der Wirtschaft (zu der entgegen den Sprachgepflogenheiten der Unternehmer auch die Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften gehören!), der Parteien und Kirchen sind sicher schon ein kleiner Schritt auf diesem Wege. So ist es dankenswert, daß die Gesellschaft für sozialen Fortschritt dieses in Bochum begonnene Arbeits- und Orientierungsgespräch fortzusetzen gedenkt.

Günther Heyder